Antrag

der Abg. Daniel Karrais u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Nutzung des digitalen Personalausweises („Smart Perso“)

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Personen in Baden-Württemberg seit der Einführung des digitalen Personalausweises dessen digitale Zusatzfunktionen freigeschaltet haben;
2. wie viel Prozent der behördlichen Prozesse in Baden-Württemberg, bei der die Vorlage des Personalausweises benötigt wird, unter Verwendung des digitalen Personalausweises abgewickelt wurden und wie sie diese Zahlen bewertet;
3. ob sie eigene Unterstützungskampagnen zur Verbreitung der Nutzung des „Smart Perso“ plant, unter Angabe der veranschlagten Finanzmittel;
4. inwieweit sie die datentechnische Sicherheit der behördlich digitalisierten und in digitalen Personalausweisen gespeicherten Personendaten garantieren kann und wenn ja in welcher Art und Weise;
5. inwieweit sie eine Erweiterung der Nutzung der behördlich gespeicherten Daten des digitalen Personalausweises für Dritte wie zum Beispiel Banken oder Vermietungsanbieter vorsieht;
6. ob sie und wenn ja inwieweit, eine Reform des regulatorischen Rahmens zur Ermöglichung einer Nutzung des digitalen Personalausweises als universales administratives Element des täglichen Lebens vorsieht.

26. 11. 2019

Karrais, Haußmann, Dr. Timm Kern, Weinmann,
Brauer, Hoher, Keck, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Immer mehr Teile des öffentlichen Lebens werden digitalisiert. Überweisungen sind mit dem Handy möglich, Tickets sind online buchbar und Informationen nahezu unbegrenzt verfügbar. Die Nutzeroberfläche ist dabei modern und größtenteils intuitiv – viele Menschen nutzen diese digitalen Angebote. Einzig in der öffentlichen Verwaltung werden die Möglichkeiten des Digitalen liegen gelassen. Es gibt zwar einen digitalen Personalausweis, doch sein Potenzial ist nahezu vollständig ungenutzt. Weiterhin müssen Personen bei z. B. Ummeldungen auch physisch anwesend sein, es herrschen Beschränkungen bei den Möglichkeiten, persönliche Informationen zu Führerschein oder Bildungsabschlüssen zu speichern. Die Chance, Bürokratie in den Behörden und der Verwaltung abzubauen und Behördengänge zu vereinfachen, muss in Zukunft genutzt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Dezember 2019 Nr. 2-0141.5/16/7349 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie viele Personen in Baden-Württemberg seit der Einführung des digitalen Personalausweises dessen digitale Zusatzfunktionen freigeschaltet haben;

Zu 1.:

Seit dem Jahr 2010 besitzt der damals eingeführte Personalausweis eine Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis (sogenannte Online-Ausweisfunktion). Die Antragsteller konnten zunächst selbst darüber entscheiden, ob sie die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises einschalten. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Personalausweises am 15. Juli 2017 wird der Personalausweis automatisch und dauerhaft mit einer Funktion zum elektronischen Identitätsausweis (Online-Ausweisfunktion) ausgegeben.

Für Baden-Württemberg liegen keine Informationen darüber vor, wie viele Personen seit der Einführung des Personalausweises mit dem elektronischen Identitätsnachweis im Jahre 2010 dessen Online-Ausweisfunktion freigeschaltet haben.

Bundesweit wurden nach Angaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bis zum 31. Oktober 2020 schätzungsweise ca. 30 Mio. Personalausweise mit aktivierter Online-Funktion ausgegeben. Die Einschaltquote der Online-Ausweisfunktion wird auch auf Bundesebene nicht statistisch erhoben, daher beruhen diese Angaben zur Einschaltquote auf den Rückmeldungen diverser Behörden und einer darauf basierenden Hochrechnung.

2. wie viel Prozent der behördlichen Prozesse in Baden-Württemberg, bei der die Vorlage des Personalausweises benötigt wird, unter Verwendung des digitalen Personalausweises abgewickelt wurden und wie sie diese Zahlen bewertet;

Zu 2.:

Die Anzahl der behördlichen Prozesse in Baden-Württemberg, welche mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises abgewickelt wurden, kann nicht beziffert werden. Generell kann die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises derzeit bei verschiedenen digitalen Verwaltungsleistungen verwendet werden, zum Beispiel bei Steuererklärung, Teilprozessen der Kfz-Zulassung, Elterngeld, Registrieren und Anmelden am Serviceportal Baden-Württemberg für elektronische Kommunikation mit Behörden. Eine Erhebung der Zahl der in Baden-Württemberg vollzogenen Prozesse, insbesondere im Hinblick darauf, ob diese „online“ oder auf anderem Wege erfolgen, findet nicht statt.

3. ob sie eigene Unterstützungskampagnen zur Verbreitung der Nutzung des „Smart Perso“ plant, unter Angabe der veranschlagten Finanzmittel;

Zu 3.:

Das Pass- und Personalausweiswesen liegt in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes, daher ist für eine solche Unterstützungskampagne in erster Linie der Bund zuständig. In Baden-Württemberg wird bei den unter 2. genannten Verwaltungsprozessen jeweils auf die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises hingewiesen. Im Zuge der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes ist außerdem damit zu rechnen, dass das Angebot für Online-Registrierungen zunehmen wird, da mit der weiteren Digitalisierung und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren auch die Möglichkeiten zur Nutzung der Online-Ausweisfunktion stetig ausgebaut werden sollen. Zudem soll im Rahmen der Informationskampagne digital@bw.allgemein für digitale Verwaltungsleistungen geworben werden. Eine isolierte Kampagne für die Online-Funktion des Personalausweises ist aktuell nicht geplant.

4. inwieweit sie die datentechnische Sicherheit der behördlich digitalisierten und in digitalen Personalausweisen gespeicherten Personendaten garantieren kann und wenn ja in welcher Art und Weise;

Zu 4.:

Die Gewährleistung der datentechnischen Sicherheit der in digitalen Personalausweisen gespeicherten Daten liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Der Bund weist auf seinem Personalausweisportal darauf hin, dass man sich mit der Online-Ausweisfunktion sicher im Internet ausweisen kann. Die Ausweisdaten werden Ende-zu-Ende-verschlüsselt übermittelt und können nicht abgefangen oder eingesehen werden.

Damit die Ausweisdaten elektronisch übermittelt werden können, muss jeweils die persönliche Geheimnummer (PIN) eingegeben werden. Bei der Online-Ausweisfunktion bestimmt der Ausweisinhaber daher immer selbst, ob und wem er seine persönlichen Daten verschlüsselt übermitteln will. Nur wer im Besitz des Personalausweises ist und die persönliche Geheimnummer (PIN) kennt, kann die Online-Ausweisfunktion nutzen. Vor der Übermittlung der Ausweisdaten kann der Ausweisinhaber sehen, wer die Daten erhält und dass der Empfänger zur Nutzung der Online-Ausweisfunktion berechtigt ist. Bei der Online-Ausweisfunktion weisen sich immer beide Seiten aus. Der Empfänger im Netz muss ein gültiges staatliches Zertifikat für die Abfrage der Daten besitzen. Dieses Zertifikat kann man sich anzeigen lassen.

In den vom Land eingesetzten Anwendungen und Fachverfahren, z. B. im Serviceportal Baden-Württemberg, die den elektronischen Identitätsnachweis des Personalausweises nutzen, werden die einschlägigen technischen Richtlinien des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik angewendet. Die Sicherheitskonzepte der Fachverfahren werden laufend aktualisiert und deren Wirksamkeit regelmäßig, z. B. mit Penetrationstests, überprüft.

5. inwieweit sie eine Erweiterung der Nutzung der behördlich gespeicherten Daten des digitalen Personalausweises für Dritte wie zum Beispiel Banken oder Vermietungsanbieter vorsieht;

Zu 5.:

Eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Mit der Online-Ausweisfunktion können jedoch jetzt schon zusätzlich zu Verwaltungsdienstleistungen bei Behörden auch geschäftliche Angelegenheiten erledigt werden. Die Online-Ausweisfunktion kann z. B. bei bestimmten Versicherungen, Banken oder Firmen mit Finanzdienstleistungen eingesetzt werden. Eine Liste der Diensteanbieter mit Berechtigungszertifikat ist auf dem Personalausweisportal des Bundes (https://www.personalausweisportal.de/DE/Service/Downloads/Erteilte_Berechtigungszertifikate/Anwendungen_linkbox.html?nn=6852554) abrufbar.

6. ob sie und wenn ja inwieweit, eine Reform des regulatorischen Rahmens zur Ermöglichung einer Nutzung des digitalen Personalausweises als universales administratives Element des täglichen Lebens vorsieht.

Zu 6.:

Die Regelung der Nutzung des digitalen Personalausweises liegt in der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Artikel 73 Absatz 1 Nummer 3 des Grundgesetzes). Der bestehende rechtliche Rahmen ist aus Sicht der Landesregierung ausreichend, auch im Hinblick auf eine häufigere Nutzung des digitalen Personalausweises. Änderungen oder eine Reform der gesetzlichen Grundlagen sind somit derzeit nicht geboten.

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär